

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Dienstag, den 4. April 1916.

23. Jahrg.

An die Parteimitglieder von Mecklenburg und Lübeck!

Genossinnen und Genossen!

Wir wenden uns in einer ernsten Stunde an Euch! In den einst auf seine Geschlossenheit so stolzen Bau der deutschen Sozialdemokratie ist die Brandsackel der Zwietracht geworfen worden. Das Werk, das in einem halben Jahrhundert durch die Mühen und Opfer von Hunderttausenden geschaffen worden ist, durch das die deutsche Arbeiterchaft an der Spitze der internationalen Sozialdemokratie marschierte, ist auf das Schwerste gefährdet. Und auch unsere beiden Reichstagsvertreter, die Genossen Schwarz und Herzfeld, befinden sich unter den 18 Abgeordneten, die unter der Führung des bisherigen Parteivorsitzenden Haase eine neue parlamentarische Gruppe gebildet haben.

Da ist ein Warnungsruf an unsere Parteimitglieder notwendig. Obwohl wir wissen, daß die Einheit und Geschlossenheit unserer Bewegung Euch allen am Herzen liegt, könnte doch mancher, durch die Unbilden und die Not der Zeit veranlaßt, das Vorgehen der Achtzehn gutheißen.

Dazu muß bemerkt werden, daß niemand in dieser Zeit der größten Erschütterungen, in der wir leben, verlangen kann, daß jeder von uns die gleiche Meinung über den Weg hat, den die Partei durch die Wirrungen des Weltkrieges gehen muß. Jeder kann seine Meinung darüber zur Geltung bringen.

Aber wenn die Meinungsverschiedenheiten zur Sprengung unserer Organisationen, zur Vergiftung unseres Parteilebens und zur Verwirrung der Massen benutzt werden, dann beginnt das Vorgehen gegen die Arbeit derer, die vor uns kämpften und bauten, dann werden die Hoffnungen derer vernichtet, die heute für uns streiten und arbeiten, dann werden vor allem die beunruhigt, die draußen in den Schützengräben stehen, die die Sicherheit des Landes verteidigen und jetzt ausgeschlossen sind von der tätigen Mitarbeit in unserer Gemeinschaft. Ihnen vor allem müssen wir die Organisationen unverfehrt bewahren. Rechthaberei und Streitsucht dürfen nicht zerstören, was für die in der nächsten Zukunft bevorstehenden großen Kämpfe unbedingt notwendig ist. Sollen die Interessen der Arbeiter vielleicht wegen des inneren Zwistes ausgeschaltet sein, wenn die Gesehgebung neugeordnet aus dem blutigsten Ringen der Weltgeschichte erstehen wird?

Erinnert Euch an den 12. Januar 1912. Mit 4 Millionen Stimmen fanden wir 110 Abgeordnete in den deutschen Reichstag mit der Aufgabe, dort die Rechte der Minderbemittelten zu vertreten und ihre Forderungen wahrzunehmen gegenüber allen Bestrebungen der Reaktionen.

Schwerin, den 2. April 1916.

Und jetzt nach vier Jahren sollen wir uns alle Ausichten auf eine bessere Zukunft zertrümmern lassen?

Nein und dreimal nein!

Niemand steht so erhaben in der Bewegung, daß er das Recht in Anspruch nehmen könnte, der Partei seinen Willen aufzuzwingen. Noch immer gilt bei uns der oberste Grundsatz der Demokratie: Die Mehrheit entscheidet und die Minderheit muß sich damit abfinden. Disziplin ist Grundlage jeder Organisation.

Wenn wir die Fraktionspaltung scharf verurteilen, wollen wir auch zugleich aussprechen, daß wir es entschieden ablehnen müssen, wenn einige Genossen des rechten Flügels der Partei nun Ansichten propagieren, die in direktem Widerspruch stehen mit dem Denken und Fühlen der großen Masse unserer Mitglieder. Und das in einer Zeit, wo gewisse Kreise des linken Flügels nur darauf warten, Vorwände für ihre zersetzende Arbeit zu finden. Beides ist verurteilenswert und wohin der bittere vergebliche Streit führen soll, brauchen wir organisierten Arbeitern nicht erst zu schildern.

Genossinnen und Genossen! Ihr seht, was vorgeht! Wie man am Werke ist, uns auseinanderzubringen, zur größten Freude unserer politischen Gegner. Noch sind wir in Mecklenburg und Lübeck fast frei geblieben vom Parteistreit. Deshalb rufen wir Euch zu: Wehret den Anfängen! Höher als alle Rechthaberei steht uns die Einheit der Arbeiterbewegung, steht uns die Geschlossenheit unserer Organisationen, die wir brauchen für die großen Kämpfe der Zukunft. Die Feinde des Sozialismus und der Demokratie dürfen nicht triumphieren. Und wenn die beiden Vertreter unseres Bezirks im Reichstage nicht zur Mehrheit ihrer Wähler stehen, so mögen sie das zunächst mit sich abmachen. Wir mißbilligen, daß sie sich den Achtzehn angeschlossen haben. Aber die Parteimitglieder fordern wir auf, alle persönliche Kampfweise zu vermeiden, nur einig zu sein, in der Abwehr aller zersetzenden Bestrebungen und aller Versuche, einen Keil in das festgefügte Volkwerk unserer Organisationen zu treiben.

Halte nach wie vor treu zur alten Fahne des Sozialismus! Bewahrt unsere Brüder im Felde vor dem fressenden Zwist, der ihre Opfer, Mühen und Strapazen recht bitter lohnen würde. Der Parteitag nach dem Frieden muß noch die einzige Sozialdemokratie begrüßen können. Jeder stehe fest zu unserem Ideal. Schließt die Reihen! Dann ist die bessere Zukunft uns sicher!

Der Bezirksvorstand.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die letzten deutschen Erfolge vor Verdun beschäftigen recht eingehend die französische Presse. Der Ton der Militärkritiken ist ein ziemlich kleinlauter. Der „Temps“ weist bezeichnend darauf hin, daß in Lagen, wo einer verteidigt und der andere angreift, letzteres zuerst immer der Vorteil ist. Der Frage, warum denn die französischen Truppen nicht auch einmal solche lokalen Erfolge davontrügen, begegnet das Blatt, indem es sagt: Zweifellos muß unser Generalstab schwerwiegende Gründe haben, dem Feinde die Initiative des Angriffs zu lassen.

General Berthaut muß in einem Artikel im „Petit Journal“ zugeben, daß man von einer Einnahme von Baug viel sprechen werde, weil der Name aus dem Gange der Schlacht bekannt sei. Darin liege auch Gefahr, nämlich in moralischer Hinsicht, weil das Vertrauen erschüttert werden könnte. Das Vorrücken um mehrere hundert Meter sei eine Sache von beträchtlicher Bedeutung, zumal es sich um die Ortshaus und um die Straßen handelt.

Oberstleutnant Rouffet tröstet im „Petit Parisien“ die Leser damit, daß eine Einnahme von Baug nichts Katastrophales an sich habe. Die Deutschen hätten erhofft, zwischen den Ruinen von Baug und den eigenen Fortstellungen eine Verwischung zu schaffen, was ihrem Prestige nützlich sein soll. Man solle nur auf die Führer und auf die Soldaten vertrauen.

Die Engländer haben den Franzosen dadurch wirksam Hilfe geleistet, daß sie ihnen nicht unerhebliche Frontteile abgenommen haben. Ein volles Viertel der französischen Front wird jetzt von Engländern verteidigt; dadurch sollen die Franzosen mindestens sieben Divisionen freibekommen haben.

Am Sonntag laudeten in Holland neue alarmierende Gerüchte auf. Man hat dort allgemein das Gefühl, daß, wenn die große Masse die getroffenen Verteidigungs-

maßnahmen auch immer noch nicht verfehrt, doch eine gewisse Unsicherheit in der politischen Lage besteht. Eingeweihten kam die weitere Verstärkung der holländischen Vorkehrungsmaßnahmen keineswegs überraschend, weil dem Frühjahr für die Entwicklung der militärischen Lage große Bedeutung beigemessen wird und es nicht wunder nehmen darf, daß bei dem jetzigen günstigen Wetter die Bedingungen für Operationen großen Stils zu Lande und zu Wasser gegeben sind und es sich daraus von selbst ergibt, daß Holland in seiner exponierten Stellung jetzt alle seine Neutralitätsmaßnahmen verdoppeln und scharfe Ausschau halten muß. Daß man auch in Deutschland dafür Verständnis zeigt und der gewissenhaften Beobachtung der Neutralität seitens Hollands Verständnis entgegenbringt, bekräftigt Holland in seiner entschlossenen Haltung, die Wahrung seiner Neutralität nach jeder Seite hin zu verteidigen und jeder Verletzung oder Bedrohung seiner Souveränität entgegenzutreten. Das bedeutet aber keineswegs eine Beteiligung Hollands am Krieg, weil bewaffnete Zurückweisung von Uebergriffen der kriegführenden Staaten gegen die Neutralität nach dem internationalen Recht nicht als Kriegshandlung gelten kann. Allgemein hat man in Holland also den Eindruck, daß sich zwar auf dem europäischen Kriegsschauplatz bedeutungsvolle, vielleicht entscheidende Ereignisse vorbereiten, daß Holland aber dadurch sich nicht der Unabhängigkeit seines Handels betrauben lassen, sondern seine ausschließliche nationale Politik weiterführen wird.

Um Deutschland zu treffen, haben die Bierverhandlungen auf der Pariser Konferenz den Beginn der verhängten Blockade gegen die neutralen Länder auf den 16. April festgesetzt.

Das Verhalten der Separatisten in der sozialdemokratischen Fraktion wird im „Sigard“ von Capus wie folgt beurteilt: „Für uns bleiben alle Brüden zwischen Deutschland und uns abgedrochen, bis wir unseren Feinden unsere harten Friedensbedingungen diktiert haben. Darum ist die Spaltung in unseren Augen ein bedeutungsloses Phänomen, das wir völlig außer acht lassen

können. Ein Haase, der weder Sieger noch Besiegter will, ist ebenso unser Gegner wie seine Freunde im Dienste des deutschen Imperialismus. Ein Friede, wie Haase und Liebknecht ihn wollen, würde für uns die unheilbarste Niederlage sein; jeder Vergleich mit ihnen wäre ebenso ein Verbrechen wie ein direkter Vergleich mit dem Feinde.“ Was sagen Haase, Liebknecht und Genossen hierzu?

Die Kriegslege.

Wien, 3. April. Amlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entfaltet gestern fast auf allen Seiten der Nordfront eine erhöhte Tätigkeit. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Tagesbericht

vom Sonntag nachmittag: Westlich der Maas ziemlich lebhaft Beschäftigung unserer Stellungen im Walde von Anconcourt ohne Infanterieunternehmung. Westlich der Maas war die Nacht ruhig. Der Feind unternahm in der Gegend von Douaumont und Baug keinen neuen Versuch. In der Woerthe-Chene schwache Artillerietätigkeit. Von der gesamten Front ist aus dem Verlauf der Nacht kein Ereignis zu melden.

Sonntag abend: Zwischen Sonne und Dije war unsere Artillerie besonders tätig in der Gegend von Parvillers, Jouquescourt und Laizy, wo die deutschen Schützengräben durch unsere Feuer verhöhlert wurden. Westlich der Maas ruhten die Deutschen mehrere starke Angriffe auf das Kernwerk von Trocourt. Alle Stürme wurden durch unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen. Westlich der Maas war der Kampf während des ganzen Tages sehr lebhaft in der Gegend von Douaumont und Baug. Die Deutschen unternahmen noch einen Angriff auf Beschäftigung mit Granaten schwerer Kalibers vier gleichzeitige Angriffe mit Truppen, deren Stärke über eine Division betrug.

alsfragen des deutschen Volkes" gehalten und sich dabei auch über Kriegsziele geäußert. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz" lautet dieser Teil seiner Ausführungen:

„Man hat viel über die Kriegsziele gesprochen. Ich glaube, es kommt dabei gar nicht so auf die Einzelheiten an. Das wichtigste ist, daß dieser Friede nicht auf dem Boden irgendeiner Mission beschlossen wird. Wir können nur mit den Dingen rechnen, die wir in der Hand haben. Es wird auch in Deutschland wohl kaum noch einen Menschen geben, der da antritt, daß wir mit Freundschaft und Dankbarkeit etwas erreichen. Ich kann mir auch gar nicht denken, daß man sich noch einmal auf Verträge verläßt. Diese Zeit ist vorbei. Wir müssen gegen unsere Gegner hart sein, dürfen keine Schonung und keine Nachsicht gelten lassen. Wie wir das Vertrauen zur Tapferkeit unserer Truppen und der Marine haben, so hoffen wir auch, daß unsere Regierung sich dieser Leistungen unserer Soldaten wert zeigt. Mit unerschütterlicher Festigkeit des Willens müssen wir davon festhalten.“

China.

Ein wichtiges Abkommen wurde von der chinesischen Regierung und der Russisch-Mandchurischen Bank unterzeichnet. Es vereinbart den Bau einer Eisenbahn von Chabin nach Blagoweschensk mit einer Zweiglinie von Mergen nach Biskar. Eine große Strecke der geplanten Bahn folgt derselben Linie wie das amerikanische Bahnprojekt Wigan-Schintschau, worüber die chinesische Regierung bereits ein Abkommen unterzeichnete, das aber auf die Gegnerschaft Russlands und Japans stieß. Das neue Abkommen sieht eine Anleihe von 5 Millionen Yuan vor, die nach dem Krieg in den europäischen Finanzzentren herausgebracht werden soll. Das neue Abkommen kann als ein Gegenzug gegen das japanische Abkommen vom Oktober 1915 über die Eisenbahnen in der Ostmonolei und der Südmandschurei betrachtet werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 4. April.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend im Gemeindefesthaus statt. Es wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Der Verwaltungsbericht der Lübecker Allgem. Ortskrankenkasse für 1915, der uns vorliegt, gibt wiederum Kunde von der Wirksamkeit dieses für die werktätige Bevölkerung Lübeds überaus wichtigen sozialen Instituts. Schon wenn man die Kosten der Ausgabe und ihre Mannigfaltigkeit betrachtet, kommt man zu der Überzeugung, daß hier wirklich für die versicherte Bevölkerung großes geleistet wird. Die Zahl der Versicherten, die zu Anfang des Jahres 28 758 betrug stieg bis zum Schluß auf 29 978. Den Einfluß des Krieges spürt man auch hier. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging um 1462 zurück, die Zahl der weiblichen stieg um 2682. Daß bei dem Rückgang der männlichen Mitglieder die höheren Beitragsklassen in Mitleidenenschaft gezogen wurden, ist einleuchtend. Die Gesamtbetragseinnahme ging daher von rund 1 477 000 Mark auf rund 1 410 000 Mark zurück, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß 1915 das ganze Jahr der durch das Notgesetz vom 4. August 1914 auf 4 1/2 % festgesetzte erhöhte Beitrag erhoben wurde. Entsprechend der Steigerung der Mitgliederzahl in den niederen Klassen fiel auch das Krankengeld und Hausgeld von rund 540 000 Mark im Vorjahr auf 486 000 Mark im Berichtsjahr. Daß auch die Leistungen für Arznei und Heilmittel von 527 Mark pro Mitglied auf 469 gefallen sind, dürfte wesentlich auf die Verminderung der Zahl der Ärzte zurückzuführen sein, wodurch eine gewisse Zurückhaltung in der Inanspruchnahme der ärztlichen Hilfe seitens der Mitglieder erfolgte. Durch die Einberufung einer Reihe von Kassenärzten, sowie durch den Dienst der Zurückgebliebenen in den Lazaretten gestaffelte sich die Tätigkeit der Kassenärzte zu einer überaus anstrengenden, so daß auch uns aus Mitgliederkreisen namentlich aus den ländlichen Bezirken öfters Klagen zugegangen sind. Lebhaftige Klage führt der Bericht über die Forderungen der Ärzte in betreff ihres Honorars. Trotzdem 3000 freiwillig weiterversicherte Mitglieder im Jahre stehen und die kassenärztliche Tätigkeit nicht in Anspruch nehmen können, verlangt die Vertretung der Ärztebesatzung auch für diese Mitglieder den vollen vertraglich vereinbarten Betrag von 11 Mark pro Mitglied und Jahr. Da auf diese Weise, nachdem die Arztrechnungen voll und ganz bezahlt sind, noch ein Betrag von 79 000 Mark als Ueberfluß verbleibt, der nach dem Betrage der Ausgaben ausgefüllt werden soll, so hat die Kasse die überzähligen Instanzen um Vermittlung ersucht, um unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse einen Ausgleich zu schaffen. Möge es ihnen gelingen. In den Waiderslohstrassen konnten 21 männliche und 67 weibliche Mitglieder versorgt werden, wofür 2590 Mark gezahlt wurden. In Gemeinschaft mit der Landesversicherungsanstalt konnten 66 Mitglieder in deren Heilstätten versorgt werden, gegen das Vorjahr, wo 147 Mitglieder in Kur waren, eine starke Verminderung, die wesentlich durch das Selten der Heilstätten im Herz mit lungenkranken Soldaten hervorgerufen ist. — Die Ausgabe für Sterbegeld für versicherte Mitglieder stieg von rund 21 000 Mark auf 31 000 Mark, eine Folge des Weltkrieges. Auch die Verwaltungsstellen weisen eine ständige Erhöhung auf, wesentlich hervorgerufen durch die Weiterzahlung des Gehaltes an die einberufenen Beamten. Für persönliche Verwaltungsstellen mußten 153 592,71 Mark ausbezahlt werden und für jährliche 22 518,46 Mark; zusammen also 176 111,17 Mark. Abzugsein sind von dieser Summe jedoch 19 368,55 Mark, welche von der Landesversicherungsanstalt als Vergütung für Einziehung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsbeiträge gezahlt wurden. Aus den Ausgaben seien noch folgende Posten besonders erwähnt: Krankenbehandlung und Geburtshilfe durch Ärzte 242 367,82 Mark, Krankenbehandlung durch Zahnärzte 18 940,50 Mark, Krankenbehandlung und Schwangerschaftsbehandlung durch andere Heilpersonen sowie Entbindungskosten 25 957,55 Mark, Arznei und sonstige Heilmittel 156 203,45 Mark, Krankenhauspflege 112 864,10 Mark, Wohnungsgeld 59 260,73 Mark, Stillschub 31 354,63 Mark, Sterbegeld für Angehörige 11 024,45 Mark. Das Gesamtvermögen der Kasse stellte sich am Schluß des Geschäftsjahres 1915 auf 966 002,41 Mark.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. April 1916: 29 245 Mitglieder, darunter 151 Mitglieder von Orsaklassen, deren Rechte ruhen, gegen 28 827 im Jahre 1915. Auf Männer entfielen davon 16 649 (1915: 18 138), auf Frauen 12 594 (1915: 10 689). Gewerbsunfähig krank waren am letzten März: Männer 606 (1915: 551) und Frauen 654 (1915: 459). Anzweifelhaft für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im März 2081 (1915: 2069) erteilt. Sterbegeld wurde im März für Mitglieder in 34 Fällen, für Angehörige in 32 Fällen gezahlt. Übertreibungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die lagsungsmäßigen Verhältnissevorschriften waren in 21 Fällen mit Strafe zu belegen. — Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstag zwanzig in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Regelung der Arbeit in Webstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen. Am 4. April 1916 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, die eine Regelung der Arbeit in den Web-, Web- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen vornimmt. Die Vorschriften dieser Bekanntmachung betreffen alle gewerblichen Betriebe, in denen die Infertigung oder Bearbeitung von Web-, Web- oder Strickstoffen, Frauen- und Kinderkleidung, oder von weichen und harten Wägen, oder von Schmuckgegenständen, die ganz oder überwiegend aus Web-, Web-, Strickstoffen, Wolle oder Filz hergestellt sind, im großen Maßstab erfolgt. Die Vorschriften betreffen aber auch An-

wendung, wenn es sich um gewerbliche Betriebe der bezeichneten Art handelt, in denen außer dem Inhaber oder Leiter mindestens 4 Arbeiter (Arbeiterrinnen) beschäftigt sind.

Die Vorschriften der Bekanntmachung wollen eine gleichmäßige Ausarbeitung der vorhandenen Vorräte an Web-, Web- und Strickwaren, sowie einen gleichmäßigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie nach Möglichkeit eine dauernde Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen erzielen. Die Regelung der Verteilung der Arbeit läuft deshalb in ihren verschiedenen Bestimmungen darauf hinaus, daß in einer Woche nicht mehr zugekauft und nicht mehr verteilt werden darf, als in der nächstfolgenden Woche verarbeitet werden kann. Die Regelung der Lohnzahlung ist eine verschiedene, je nachdem die Arbeitnehmer innerhalb oder außerhalb des Betriebes des Arbeitgebers beschäftigt sind. Soweit nicht bestimmt ist, daß die Lohnsätze nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein dürfen, ist genau vorgeschrieben, um wieviel Prozent der Lohn nur unter dem Stande vom 1. Februar 1916 sinken darf. Soweit die übertragene Arbeit den zulässigen Mindestlohn nicht erreichen würde, ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz des Lohnbetrages aus eigenen Mitteln zuzulegen. Auch für die Kündigung von Arbeitnehmern in den ersten zwei Monaten nach Erlass dieser Bekanntmachung sind bestimmte Anordnungen getroffen.

Die Ueberwachung der Innehaltung der getroffenen Anordnungen ist dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten übertragen worden. Der Wortlaut der ausführlichen Bekanntmachung, deren wesentliche Teile in den einzelnen Gewerbebetrieben ausgehängt werden müssen, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Antwortschreiben für das Ausland. Vom 1. April ab wird der Verkaufspreis der Antwortscheine für das Ausland auf 30 Pf. für das Stück erhöht.

Papierersparnis in der Schule. Der preussische Unterrichtsminister hat an die Provinzialschulkollegien eine Verfügung gerichtet, in der er es als dringend geboten bezeichnet, daß auch in den Schulen der Papierverbrauch soweit als irgend möglich eingeschränkt wird. Vor allem soll darauf gehalten werden, daß die Schüler und Schülerinnen nur so viel Hefte führen, als für den Unterrichtszweck unumgänglich nötig ist, und daß sie die Hefte voll ausnützen. Bei den schriftlichen Darstellungen soll also jede Raumperschwendung vermieden und die Hefte reaktmäßig aufgebraucht werden. Die Forderung, daß die Hefte noch mit besonderen Umschlägen zu versehen sind, sei nicht unter gewöhnlichen Verhältnissen durchweg berechtigt. Während des Krieges könne sie auf keinen Fall beibehalten werden. In geeigneten Klassen und Fächern ist statt der Hefte die Schiefertafel in möglichst weitem Umfange zu benutzen. — Dieses Beispiel verdient auch in Lübeck Nachahmung und sollte nicht nur für die Kriegszeit gelten.

Das Lübecker Seecamt beschäftigte sich in seiner letzten Verhandlung mit dem Zusammenstoß des Hamburger Dampfers „Kyprios" mit dem schwedischen Dampfer „Pikander" im Lübecker Umschlaghafen. Der Dampfer „Pikander" kam von Travemünde, während „Kyprios" nach dort wollte. Beide Schiffe hatten Lotsen an Bord. An der Unfallstelle ist das Fahrwasser nicht besonders breit und macht außerdem eine Krümmung. Durch einige Dampfer, die hier veräuert lagen, und Schuten war das Fahrwasser besonders verengt. Als die Dampfer sich bemerkten, war trotz aller Mühe ein Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Beide Schiffe wurden beschädigt, konnten aber die Fahrt fortsetzen. Der Lübecker Hafenmeister maß die Schuld an dem Unfall den Manövern der beiden Schiffe zu. Das Seecamt fällt folgenden Spruch: Der schwedische Dampfer „Pikander" und der Hamburger Dampfer „Kyprios" sind am 4. Dezember 1915 im Umschlaghafen zu Lübeck zusammengestoßen. Daß den einen oder anderen Dampfer ein Verschulden trifft, hat sich nicht feststellen lassen. Die Ursache des Unfalles dürfte in der Enge des Fahrwassers zu suchen sein. Es sei deshalb dringend erwünscht, daß das Fahrwasser verbreitert wird und in Zukunft aufsuchende Dampfer dem entgegenkommenden Dampfer rechtzeitig Signale geben. — Des ferneren verhandelte das Seecamt über die Strandung des Dampfers „Luba", Kapitän Jrs, der Lübecker Königsberger Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörig, am 20. März 1915 an der Küste von Bornholm. Der Dampfer hatte am Nordostpunkt Schuß gefaßt. Er befand sich auf der Fahrt nach Lübeck. An der Liegestelle wurden 19 Meter Kaiser gemessen. Am nächsten Morgen um 4 Uhr ging der Wind herum, so daß der Kapitän beschloß, den Anker zu lichten, um in See gehen zu können. Die Maschine vermochte aber nicht gegen die grobe See anzukämpfen. Der Dampfer geriet ins Treiben. Plötzlich stieß er hart auf und die Maschine kam zum Stillstand. Die Lage des Dampfers war sehr gefährlich, da die Wellen hoch über Bord weggingen. Die Mannschaft begab sich deshalb in Boote an Land. Einige Tage später wurde ein Teil der Ladung gelöst und die „Luba" dann von zwei Schleppern nach Røpsholm ins Dock gebracht. Der Reichskommissar führte die Strandung auf höhere Gewalt zurück. Während des Ankerhaltens ist die Ankerkette gebrochen und die Maschine habe nicht die Kraft gehabt, gegen den hohen Seegang anzukämpfen. Die Maßnahmen des Kapitäns vor und nach der Strandung, auch daß die Mannschaft das Schiff verließ, seien richtig gewesen. Das Seecamt erkannte demgemäß. Den Kapitän trifft kein Verschulden.

Schwarze und weiße Listen der Verkäufer. Die Rechtlosigkeit des Käufers gegenüber mucherischen Verkäufern notwendiger Bedarfsmittel in dieser Zeit der großen Nachfrage und des kleinen Angebotes ist allbekannt. Gewiß muß in vielen Fällen energisches Auftreten der Verbraucher im eigenen wie im Gesamtinteresse erwartet werden. Ist es aber eine Anzeige bei der Behörde mit dem Verlust der Einkaufsmöglichkeit verbunden. Diesen Mithin den will der Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen dadurch beheben, daß er eine „Schwarze Liste" derjenigen Geschäfte anlegt, von denen ihm Vergehen gegen das Interesse der Allgemeinheit nachgewiesen werden. Als solche kommen in Betracht: Höchstpreisüberfreitungen, Zurückhaltung von Ware, Nahrungs- und Bedarfsmittelverfälschung, Verkauf minderwertiger Waren zu unangemessenen Preisen oder inländischer Ware statt ausländischer, ungenügende Gewichte, übermäßig schwere oder angelegte (mitgewogene) Verpackung, Zahlungsforderung für Einschlagpapier, Zwang zum Kauf ungewünschter Artikel, unzulässige Belege von Nachen oder dergl., Nichtbefolgung der Vorschriften bezügl. der Lebensmittelarten und sonstige Unregelmäßigkeiten. Diese Liste denkt der Konsumentenrat nach Friedensschluß zu verwenden, um dann den Verbrauchern die Interessen, die sich ihre Kriegsnöt zumuge gemacht haben, ins Gedächtnis zu rufen. Er bittet zu diesem Zweck wahrheitsgemäße kurze Meldungen unter genauer Bezeichnung der Geschäfte einzuweisen an seine örtlichen Ausschüsse oder an die Hauptleitung: Berlin W. 35, Potsdamerstraße 56, Gbhs. II., zu erstatten. Postkarte genügt, namentlich Anzeigen zweifelslos. — Gleichzeitig bittet er um Einlegung solcher Geschäfte, die den Anforderungen der Kriegszeit zuwider der breiten Volksschichten in vorbildlicher Weise gerecht wurden. Dieser Firmen soll später auf einer weißen Liste öffentlich rühmend gedacht werden. — Der reelle Handel dürfte sich mit dieser Selbsthilfemaßnahme der Konsumenten schon um des hohen Ansehens seines Standes willen gern einverstanden erklären.

Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen werden, wie uns die Handelskammer mitteilt, vielfach immer noch fälschlich beim Reichsamt des Innern beantragt. Hierdurch entstehen unnütze Verzögerungen in der Behandlung der fraglichen Anträge. Es kann daher nur dringend empfohlen werden, Anträge betreffend die Ausfuhr, Durchfuhr- und Einfuhrverbote nicht an das Reichsamt des Innern, sondern an den hierfür besonders bestellten Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W. 10, Sägemaschinenstr. 8, zu richten. In die Liste gefaßt und eingetragen ist am Sonnabend abend der Seiner des schwedischen Dampfers „Pikander" gegen den Hamburger Dampfer „Kyprios" am 4. Dezember 1915 im Umschlaghafen zu Lübeck. Der Dampfer „Pikander" kam von Travemünde, während „Kyprios" nach dort wollte. Beide Schiffe hatten Lotsen an Bord. An der Unfallstelle ist das Fahrwasser nicht besonders breit und macht außerdem eine Krümmung. Durch einige Dampfer, die hier veräuert lagen, und Schuten war das Fahrwasser besonders verengt. Als die Dampfer sich bemerkten, war trotz aller Mühe ein Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Beide Schiffe wurden beschädigt, konnten aber die Fahrt fortsetzen. Der Lübecker Hafenmeister maß die Schuld an dem Unfall den Manövern der beiden Schiffe zu. Das Seecamt fällt folgenden Spruch: Der schwedische Dampfer „Pikander" und der Hamburger Dampfer „Kyprios" sind am 4. Dezember 1915 im Umschlaghafen zu Lübeck zusammengestoßen. Daß den einen oder anderen Dampfer ein Verschulden trifft, hat sich nicht feststellen lassen. Die Ursache des Unfalles dürfte in der Enge des Fahrwassers zu suchen sein. Es sei deshalb dringend erwünscht, daß das Fahrwasser verbreitert wird und in Zukunft aufsuchende Dampfer dem entgegenkommenden Dampfer rechtzeitig Signale geben. — Des ferneren verhandelte das Seecamt über die Strandung des Dampfers „Luba", Kapitän Jrs, der Lübecker Königsberger Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörig, am 20. März 1915 an der Küste von Bornholm. Der Dampfer hatte am Nordostpunkt Schuß gefaßt. Er befand sich auf der Fahrt nach Lübeck. An der Liegestelle wurden 19 Meter Kaiser gemessen. Am nächsten Morgen um 4 Uhr ging der Wind herum, so daß der Kapitän beschloß, den Anker zu lichten, um in See gehen zu können. Die Maschine vermochte aber nicht gegen die grobe See anzukämpfen. Der Dampfer geriet ins Treiben. Plötzlich stieß er hart auf und die Maschine kam zum Stillstand. Die Lage des Dampfers war sehr gefährlich, da die Wellen hoch über Bord weggingen. Die Mannschaft begab sich deshalb in Boote an Land. Einige Tage später wurde ein Teil der Ladung gelöst und die „Luba" dann von zwei Schleppern nach Røpsholm ins Dock gebracht. Der Reichskommissar führte die Strandung auf höhere Gewalt zurück. Während des Ankerhaltens ist die Ankerkette gebrochen und die Maschine habe nicht die Kraft gehabt, gegen den hohen Seegang anzukämpfen. Die Maßnahmen des Kapitäns vor und nach der Strandung, auch daß die Mannschaft das Schiff verließ, seien richtig gewesen. Das Seecamt erkannte demgemäß. Den Kapitän trifft kein Verschulden.

Ueberfahren wurde gestern nachmittag, gegen 6 Uhr, in der unteren Bahnhofsstraße ein kleines Kind von einem Einspanner-Fuhrwerk. Das Rad des Wagens ging ihm über den Leib, so daß es anscheinend schwere Verletzungen davongetragen hat.

Der Waldschulenausschuß macht darauf aufmerksam, daß die Anmeldungen für die Waldschule nur bis zum 15. April bei Herrn Dr. Rudolph angenommen werden. Anmeldezeit Mittwoch und Sonnabend von 6-8 Uhr.

Im Stadttheater führte man gestern zu einem wohlflüchtigen Zweck das Frey Reuters praktische Erzählung „Mit mine Stromtid" bearbeitete Lebensbild „Ditel Brägg" auf. Wenn auch nur ein schwacher Abgänger der humorvolleren urwüchsigeren Poesie Reuters in dem Stücke auf die Bühne gebracht wurde, so sind die einzelnen Gestalten auch dann noch wirkungsvoll und lebendig. Den liebenswürdigen, von Mutterwitz trotzen Ditel Brägg spielte gestern abend William Büllert als Gast und machte ihn, wie sich das gebührt, zum Mittelpunkt der Vorstellung, in der neben ihm die besten Kräfte unseres Schauspielers beschäftigt waren. Das Theater war vollbesetzt.

Liebesgabenwendung. Man schreibt uns: Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben in der verflochtenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: nach Altona 6 Kollt Lebensmittel, nach Königberg 6 Kollt Lebensmittel, nach Löhren 2 Kollt Lebensmittel, nach Thorn 2 Kollt Lebensmittel, außerdem eine Postsendung und eine Abgabe an herausgehende Pfleger. Erfreulicherweise hatte die Bitte der Abteilung in der letzten Woche einigen Erfolg. Hauptsächlich folgen dem Ergebnis der letzten Woche weitere Spenden für unsere Truppen im Westen und Osten, denen wir für ihre glänzende Tätigkeit nicht dankbar genug sein können. Erwünscht sind Spenden von Rotwein, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Konfekten aller Art, Schokolade, Kets, Zwieback, Seife, Kerzen und vollem Unterzeug. Annahme jederzeit mit Dank St. Annenstraße 2.

Volkstümliches Konzert. Im nächsten Konzert werden die Besucher die von dem norwegischen Komponisten Halvorsen bearbeitete Pastoralen von Händel hören, ein glanzvolles Virtuosenstück, das den Solisten, den Herren Spanta und Corbach, dankbare Aufgaben für ihre Instrumente bietet. Auch Benovits effektvolle Meditation für Solovioline, Harfe und Orchester wird gern entgegengenommen werden. Eröffnet wird die erste Abteilung mit dem von Albert bearbeiteten Präludium und Fuge von Bach. Selten wird gehört Spohrs Ouvertüre zu „Jephtha". In der zweiten Abteilung des Abends werden Humperdinck mit dem Vorspiel zu „Hänsel und Gretel", Siegfried Wagner mit dem Vorspiel zum 2. Akt seiner Oper „Sternenweg", Franz List mit der 3. Rhapsodie und Richard Wagner mit dem Walkürenritt zu Wort kommen.

pb. Verjüwendener Wagen. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist am Sonnabend, dem 1. ds. Mts., ein ungeführer Kinder-Kaptenwagen. Im Deichsel des Wagens befand sich kein Handgriff.

Wilhelmsburg bei Hamburg. Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Auf dem Wilhelmsburger Rangierbahnhof ereignete sich am Sonntag morgen ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Güterzügen. Ein Rangierzug fuhr in einen zur Abfahrt fertigen Güterzug hinein. Bei dem Zusammenstoß wurden vier Güterwagen umgekehrt und zertrümmert; vier weitere Wagen entgleisten. Der Bremser Ignaz Kaczmarek, wohnhaft Wittkestraße 5 in Wilhelmsburg, wurde dabei unter den Trümmern vollständig zermalmt. Der Verunglückte ist verheiratet. Zwei seiner Söhne befinden sich im Felde.

Altona. Vom elektrischen Strom getötet. Mit zwei anderen Leuten war Sonntag nachmittag der 19jährige Maschinenhelfer Emil Schmidt aus Wandsbek im oberen Maschinenraum der Reparaturwerkstatt mit der Reinigung der Hochspannungslampe beschäftigt. Als die Arbeit beendet war, wurde die Hochspannung vom Maschinenhilfsblock verriegelt. Schmidt und der Betriebsmechaniker Bruhn gingen darauf, in der Reinigung, Schmidt folgte ihnen, in den unteren Maschinenraum. Der Mechaniker stellte darauf den Motor an. Plötzlich hörte er ein Geräusch, was ihn veranlaßte, den Motor sofort abzustellen. Als dann beide, Bruhn und Schmidt, in den oberen Maschinenraum gingen, fanden sie Schmidt tot vor. Er war vom elektrischen Strom der Hochspannung getötet worden. Der Unglückliche hat sich noch an der Hochspannung zu schaffen gemacht, als dies mit Lebensgefahr verbunden war.

Kiel. Rindvieh-, Schweine- und Schaf-Ausfuhrverbot. Der Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Viehhändlerverbandes hat ein Ausfuhrverbot für lebendes Rindvieh, sowie lebende Schweine und Schafe aus der Provinz Schleswig-Holstein beschlossen, das sofort in Kraft tritt. Dazu wird bemerkt: Das Verbot ist weniger gegen Hamburg und Lübeck als gegen auswärtige, entferntere liegende preussische Provinzen und andere Bundesstaaten gerichtet. Wir sind der Meinung, daß trotzdem die Lübecker Einwohnerzahl die Folgen mit zu spüren bekommt. Dabei sind die Rindfleischpreise in Lübeck schon jetzt außerordentlich teurer als beispielsweise im benachbarten Mecklenburg.

Konst. Lehrkräfte Geschichts- der Erziehung einer Landwirtschaftskammer. In Mecklenburg hat man jetzt die Errichtung einer Landwirtschaftskammer beschlossen. Es ist bemerkenswert, was hierbei getun wurde, um den Einfluß der Großgrundbesitzer genügend sicherzustellen. Weil das in dem Regierungsentwurf von 1914 nach Ansicht der „Ritter" nicht hinreichend vorgesehen war, haben diese die Zurückstellung der Vorlage bis jetzt durchgesetzt. Die Regierung hat inzwischen den Leiter des statistischen Amtes, den früheren konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. Dörfler, mit Vorschlägen beauftragt. Und seinen Vorschlägen sind Regierung und Ständetage (Landtag) nun gefolgt. Von der Mitwirkung an der Zusammenlegung der Landwirtschaftskammer sind nun vorüberaus ausgeschlossen alle Landarbeiter und die Besitzer der Betriebe bis zu 5 Hektar. Es bleiben dann übrig: 7129 Betriebe von 5 bis unter 20 Hektar, 851 Betriebe von 20 bis 100 Hektar, 1320 Betriebe mit 100 und mehr Hektar. Nach dieser Besitzverteilung ist auch das Wahlrecht bemessen worden. Es sollen in die Landwirtschaftskammer eintritten die 7129 Betriebe zusammen 6 Vertreter, die 851 Betriebe zusammen 12 Vertreter und die 1320 Betriebe zusammen 24 Vertreter. Dieses Wahlrecht erregte selbst bei verhältnismäßig Mitgliedern des Ständetages in Mecklenburg einiges Bedenken, das Mißverhältnis der Stimmengewinnung schien demnach zu groß. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Verteilung kaum die Interessen der mittleren und kleineren Besitzer genügend berücksichtigen dürfte. Schließlich freilich einigten sich doch alle Ständetage auf den Regierungsvorschlag. Auch bei Festsetzung des Wahlsystems gingen recht interessante Dinge vor sich. Nach dem früheren Regierungsvorschlag sollte auf Grund des Systems der Verhältniswahl mittels Verhältnislisten gewählt werden, entsprechend der Reichsversicherungsordnung. Man fand aber noch rechtzeitig die Gefahr heraus, daß bei dieser Listenwahl in Verbindung mit der damals vorgeschlagenen anderen Einteilung der Klassen, der mittlere und kleinere Grundbesitz beträchtlicher Ausnutzung des ihnen aus dem vorgeschlagenen Wahlsystem ermachenden Einflusses und bei einem zu diesem Zweck verabredeten Zusammengehen die Wählerhöerrschaft ausüben, wobei ihnen die vorgeschlagenen Listen noch zu Hilfe kommen. Am die Möglichkeit dieser „Schwänzung" noch deutlicher vorzuführen, vermittelte das statistische Amt (Dr. Dörfler) darauf, daß die Kleingrundbesitzer aus zwei benachbarten Dörfern die für eine Verhältnisliste vorgeschlagenen Ueberlieferungen zusammenbringen und dann für diesen Wahlhochschuß als den der Klein- und Mittelgrundbesitzer Agitation zu machen und eine Stimmengewinnung darauf sammeln könnten. So konnte schließlich eine Wahlordnung aufgestellt werden, die die Interessen der Klein- und Mittelgrundbesitzer nicht vernachlässigt, während die Mitglieder und die

Einigen beherrschenden Einflusses des mittleren und kleinen Grundbesitzes bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer und in ihrer aus diesen Wahlen hervorgehenden Zusammensetzung werde sehr bald von allen mit dem Wesen der Verhältniswahlen vertrauten Personen erkannt werden. Festgehalten zu werden verdient weiter, daß es in dem Bericht des statistischen Amtes auch noch heißt: Wenn bei der letzten Wahl der Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen für Mecklenburg die höchst gefährliche Wirkung der Listenwahl sich nicht bemerkbar gemacht hat, so liegt dies daran, daß sie nicht bekannt gewesen und nicht agitatorisch ausgenutzt worden ist. Den Vorständen der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen ist sie bekannt und daher wird von diesen die Wiederbesetzung der durch die neue Reichsversicherungsordnung eingeführten Listenwahl angestrebt. Noch weit weniger als für die Berufsvereinigungen dürfte sich für die Landwirtschaftskammer dieses Wahlsystems eignen.

Bremen. Teuerungszulage auf der Wejer-Werft. Durch Anschlag wurde den Arbeitern dieser Werft von der Verwaltung mitgeteilt, daß ihnen folgende Teuerungszulage gewährt worden sei: für verheiratete Arbeiter 6 Mark, für jedes Kind 2 Mark, für ledige Arbeiter 3 Mark, für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge 2 Mark, für Arbeiterinnen mit Familie 4 Mark, für Arbeiterinnen ohne Familie 2 Mark pro Monat. Die Kriegsteuerungszulage wird nur gezahlt an Leute, die am 31. März einen Monat voll beschäftigt waren. Die Zulage hat rückwirkende Kraft auf den Monat März und gelangte erstmalig am 1. April zur Auszahlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Verbot eines Gewerkschaftsblattes. Der „Textilarbeiter“ wurde vom Oberkommando in den Marken bis auf weiteres verboten. Ursache hierzu soll eine Notiz über die Wirtschaftspolitik im Kriege gegeben haben.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen, der Mitte 1914 rund 17.000 Mitglieder zählte, hatte Ende v. J. nur noch 4295 Mitglieder aufzuweisen, davon 460 weibliche. 2000 Knechtengonimene gingen fast alle wieder verloren. Ende 1915 waren 243 Tarifverträge für 3479 Personen vorhanden, von denen 2417 dem Verbande angehörten. Lohnerhöhungen waren namentlich in den Berliner Kaffeehäusern zu verzeichnen. 1915 hatte der Verband 24.800 Mark Einnahmen, Ausgaben 252.000 Mark. Das Vermögen ist auf 134.000 Mark gestiegen. Für die Familien Eingezogener wurden 70.000 Mark Unterstützung gezahlt.

In der Porzellan- und Keramikkunstindustrie laufen die Tarifverträge am 30. Juni ab. Die in Betracht kommenden freien Gewerkschaften und der gewerkschaftliche Lederarbeiterverband wollen von einer Tarifänderung absehen, wenn die Vereinigung der Lederwarenindustrieller den Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 3 Mark die Woche, den ledigen Arbeitern eine solche von 4-6 Mark und den verheirateten Arbeitern 6-8 Mark gewährt. Bei den Verhandlungen machten die Offenbacher Industriellen Bezirke, die sie nicht hielten, während es in Nürnberg, Berlin und Stuttgart zur Verhandlung kam. In Nürnberg wurden Zulagen von 2 bis 4 Mark wöchentlich gewährt, in Stuttgart 3-20 %, in Berlin 3-10 % die Stunde. Da die Offenbacher Industriellen trotz Entgegenkommens der Gehilfen sich zu wesentlichen Zugeständnissen nicht ausreden konnten, wird der Tarif gekündigt.

Den besten Beleg die Kunde. Nach diesem Grundzuge verfahren die Unternehmer im Schneidergewerbe des Muppertales, die vom Bekleidungsamt des VII. Armeekorps die Herstellung von Gefangenenkleidung übertragen bekommen hatten. Für die Anfertigung einer Gefangenenjacke zahlt das Bekleidungsamt 7 Mk. Laut Verfügung des Kriegsministeriums müssen dem letzten Arbeiter an dem Bekleidungsamt 75 Prozent des Anfertigungslohnes gezahlt werden, in dem Falle, wenn der Zuschneidelohn mit 20 Pfg. pro Stück abgerechnet wird, müssen 5,10 Mk. gezahlt werden. Es wurden von den meisten Unternehmern aber nur 3,50 Mk. gezahlt, so daß den Arbeitern bei jedem Stück 1,60 Mk. zu wenig gezahlt wurden. Einige besonders geriebene Unternehmer mußten aber auf dem Wege des Zwischenmeisterstystems die Sache so zu beschleunigen, daß für den Arbeiter schließlich noch - 1,15 Mk. pro Stück übrig blieb. Nebenbei bemerkt: Zwischenmeister und Vermittler haben häufig mit dem Gewerbe nicht das geringste zu tun. Die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes Elberfeld-Barmen wandte sich darauf an das Bekleidungsamt und erzielte nun, daß die Unternehmer angewiesen wurden, den Arbeitern den ihnen zustehenden Betrag von 75 Prozent zu zahlen. Es sind damit bei einer einzigen Preiserhöhung für die Arbeiter mehrere tausend Mark gerettet worden. Die Auslieferung der Stoffe an den Arbeitgeberverband Barmen, in dessen Bezirk die Dinge besonders schlimm lagen, ist zurückgehalten worden, bis er die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen bereit ist.

Neueste Nachrichten. Die Kriegslage.

Erfolge bei Douaumont und im Cailletwald.

SEK. Großes Hauptquartier, 4. April. (Amtlich.)

Südlich von St. Elai haben sich die Engländer nach harter Feuerbereitung in Besitz des ihnen am 28. März genommenen Sprengtrichters gesetzt.

In der Gegend der Feste Douaumont haben unsere Truppen am 2. April südwestlich und südlich der Feste sowie im Cailletwalde starke französische Verteidigungsanlagen in erbittertem Kampfe genommen und in den eroberten Stellungen alle bis auf die letzte Nacht fortgesetzten Gegenangriffe des Feindes abgewiesen.

Mit besonderem Kraftaufwand und mit außerordentlich schweren Opfern hielten die Franzosen immer wieder gegen die im Cailletwalde verlorenen Verteidigungsanlagen vergebens an.

Bei unserem Angriff vom 2. April sind an unerwundeten Besatzungen 19 Offiziere und 745 Mann, an Beute 8 Maschinengewehre eingebracht worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Die feindliche Artillerie zeigte nur nördlich von Widyn, sowie zwischen Narocz- und Wiszjenem-See lebhaftere Tätigkeit.

Salkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Übermöglicher Angriff auf England.

WTB. Berlin, 4. April. (Amtlich.) Vom 3. zum 4. April wurden bei einem Marineluftschiffangriff auf die englische Südküste Befestigungsanlagen bei Great-Par-mouth mit Sprengbomben besetzt. Die Luftschiffe sind trotz der feindlichen Beschießung unverletzt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 3. April. Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Hunsman, hatte eine Unterredung mit den Vertretern des ausführenden Ausschusses der britischen sozialistischen Partei. Hunsman legte die Bemühungen dar, welche das Bureau seit dem Kriegsbeginn gemacht hat, um in Fühlung mit den verschiedenen Abteilungen in den einzelnen Ländern zu bleiben. Es entspann sich eine Diskussion darüber, ob jetzt durch die verschiedenen Bureaus sowohl in den neutralen als in der Kriegführenden Ländern die Fragen erörtert werden sollen, die etwa zu einem Frieden führen könnten. Die britische sozialistische Partei erklärte sich für eine sofortige Besprechung dieser Fragen im Interesse der Internationalen.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 496.
Sächsische Verlustliste Nr. 268.
Württembergische Verlustliste Nr. 365 und 366.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

„Die Bekanntmachung

Nr. Bst. I 1391/3. 16. K. R. A. betreffend Regelung der Arbeit in Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebezirken“ wird heute in den amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblättern) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 4. April 1916.
Stellvertretendes Generalkommando IX. A. G.
v. Roehl,
General der Artillerie.

Bekanntmachung.

In gegebener Veranlassung wird im Einvernehmen mit der Oberstaatsbehörde darauf hingewiesen, daß Ehefrauen pp. von Militärfamilien, die beim Garnison-Schulsausschuss unmittelbar oder durch Vermittlung der Oberstaatsbehörde einen Antrag auf Erlass des Schulgeldes oder Gewährung einer Schulgeldbeihilfe stellen wollen, nur der Wahrheit entsprechende Angaben zu machen haben, widrigenfalls sie sich eines Vergehens gegen § 263 R. St. G. B. (Betrugs) schuldig machen.

Des gleichen Vergehens machen sie sich schuldig, wenn sie besondere Einflüsse bei Gewährung des Antrages verschweigen.

Die Betreffenden werden künftighin unwiderruflich zur Anzeige gebracht werden.

Als weiterer Hinweis über die persönlichen Befreiungen der Antragsteller sind künftighin die Steuerzettel für 1914-15, 1915-16 und 1916-17 beizubringen.

Lübeck, 4. April 1916.
Der Garnison-Schulsausschuss in Lübeck.

Lücht. Rod- fow. Tagtschneider
zu sofort gesucht. 1599
Rudolph Karstadt.

Der öffentliche Arbeitsnachweis
Abteilung für Frauen u. Mädchen, Meiner 23, Fernr. 115
geöffnet von 8-1 und 4-5 Uhr (1604)
sucht **Frauen für Gartenarbeit.**

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 5 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabsteinen, Metall-, Perl- u. Metallkränzen
Einkleidungen jeder Art. = Billigste Preise.

**Krieg und Geschlechts-
krankheiten**
Ein Wort an die Frauen
von
Schwester Lydia Buchholz.
Preis 20 Pfg.
Med. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Achtung!
**Zentralverband
der Kaufmannsgehilfen.**
Versammlung
am Mittwoch, den 5. d. Mts.
im Saal des Herrn J. Meier
Humboldtstraße 101.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über § 7 des
Statuts (Ertragsverteilung).
2. Bericht über die
von zahlreicher Beteiligung er-
reicht (1912) Der Vorstand.

Kolosseum in Lübeck
Dienstag, den 4., Donnerstag, den 6., Freitag, den 7. April
nachmittags 4 Uhr - abends 8 Uhr:
Hamburger Zwerfkünstler-Theater.
„Bunter Teil“ (10 Nummern)
„Der Kaiser kommt!“
10 „Pummel macht alles!“
„Der Herkules!“
„Das Parapluie mit'm Affenkopf!“
Künstler.
Nachm. für Kinder 50, 40, 30, 20 P., Erw. 80, 70, 50, 40 P.
Abends Vorv. 1. K. 90, 60, 40 P., Kasse 1.20, 1.-, 80, 50 P.
Vorverkäufe: Ernst Robert, Musikalienhdlr., Breite Str., Zigaretten-
handlungen Nagel, Am Markt und Sager, Kohlmarkt. (1589)

**Allgemeine
Ortsrententafel
in Lübeck.**
Ordnentliche
Ausgabeübung
der Vertreter
Mittwoch, den 12. April 1916
abends 8 1/2 Uhr
in Kempfers Gesellschaftshaus
(Bürgerverein) Königsstr. 25.
Tagesordnung:
1. Verwaltungsbericht und Ab-
nahme der Rechnung für das
Geschäftsjahr 1915.
2. Sagenänderung.
3. Sonstige Angelegenheiten.

Volkstüchle.
Mittwoch, d. 5. April: Grie-
suppe, Gulasch und Kartoffeln.
Donnerstag, 6. April: Gese-
flossensuppe, De-De-Fleisch und
Kartoffeln.
Freitag, den 7. April: Erbse-
suppe, Gerichte und Kartoffeln.

**Verein der Musikfreunde
in Lübeck.**
27. volkstümliches Konzert
Mittwoch, den 5. April 1916
abends 8 Uhr im Kolosseum.
Leitung: (1590)
Musikdirektor Carl Waack.
Solisten:
Konzertmeister Jani Szanto,
Solo-Violoncellist Emil Gorbach.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Händel: Passacaglia für Violine
und Violoncello. Humperdinck:
Einleitung zum Märchenspiel
„Hänsel und Gretel“. Liszt:
Rhapsodie Nr. 3 (D-Dur). Wagner:
Walkürenritt.

Stadttheater.
Dienstag, den 4. April 1916:
Rahab.
Oper von Frankenstein.

**Die Entführung
aus dem Serail.**
Oper von W. A. Mozart.
Mittwoch, den 5. April 1916:
Robert und Bertram.
Posse von Gustav Raeder.
Donnerstag, d. 6. April 1916:
Der Vogelhändler.
Operette von Carl Zeller.
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr

D. T. V.
Die Besetzung der
Stellen für den
Jahresbericht 1915/16
am 1. d. Mts.
Der Vorstand.

Dr. Siering
zurück.
Hüte
Kottwitzstraße 40, I.

Das sogenannte englische Friedensangebot.

Wir haben bereits auf die Auseinandersetzung zwischen dem Königsberger Parteiorgan und dem Königsberger Abgeordneten über das sogenannte englische Friedensangebot hingewiesen. Marckwald forderte Haase auf, das Material in aller Öffentlichkeit vorzubringen. Die Sache ist von größter Bedeutung, da das angebliche Friedensangebot bei der Erzeugung von Oppositionsstimmen in unserer Partei eine wichtige Rolle spielte und noch spielt.

Nun bringt die „Chemnitzer Volksstimme“ folgende Darlegungen:

Am Mittwoch, 29. März 1916, hat der Abgeordnete Ledebour im Hauptsaal des Reichstags aus Anlaß der Beratungen über den U-Boot-Krieg diese angebliche Friedensgeschichte, über die vor Monaten in derselben Kommission schon einmal gesprochen worden war — wobei Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt das Haltlose des Geredes darüber dargetan hatte — erneut zur Sprache gebracht. Er forderte vom Reichstagsler Auskunft darüber, ob oder warum im April 1915 englische Friedensunterhändler abgewiesen worden seien. Der Reichstagsler stellte kategorisch fest, daß solche Behauptungen in sich selbst liegen; er wisse von englischen Friedensangeboten nichts.

Der im Sitzungszimmer anwesende Abgeordnete Haase redete darauf lebhaft auf Ledebour ein und schrieb ihm den Wortlaut zu neuen Fragen auf, zu denen Ledebour von der Kommission der Wichtigkeit der Sache wegen das Wort erteilt wurde, obgleich die Verhandlungen vom Vorsitzenden schon geschlossen worden waren. Abgeordneter Ledebour führte aus, daß der Vorgang, von dem er spreche, sich zugetragen habe, als der Kanzler von Berlin abwesend war. Wohl aber werde der Unterstaatssekretär Zimmermann Auskunft darüber geben können.

Wie schon bei der erwähnten früheren Erörterung der Angelegenheit, führte Unterstaatssekretär Zimmermann daraufhin aus, daß niemals ein englischer Friedensunterhändler abgewiesen wurde, weil ein solcher sich nicht gemeldet habe. Es handle sich um folgendes:

Der bekannte deutsche Pazifist Professor Schüding sei zu ihm (Zimmermann) in das Auswärtige Amt gekommen und habe mitgeteilt, daß er in Holland u. a. auch mit dem Pazifisten v. Tepper-Vaski an einer Anti-Drlog-Raad-Lagung teilgenommen habe. Bei der Gelegenheit habe sich der als Pazifist bekannte holländische Unterstaatssekretär Dressehuis vom holländischen Justizministerium angeboten, als Friedensunterhändler zwischen Deutschland und England nach Berlin zu kommen. Auf Befragen hat Professor Schüding angegeben, daß Herr Dressehuis weder im Auftrage der holländischen Regierung handele, noch irgendwelche Vorschläge der englischen Regierung zu überbringen habe. Er hätte also nur Angebote der deutschen Regierung hören und nach England weitergeben können. Er (Unterstaatssekretär Zimmermann) habe darauf erklärt, daß er selbstverständlich jeden Beauftragten englischer verantwortlicher Staatsmänner oder ernsthafter politischer Kreise zu empfangen bereit sei, es aber ebenso selbstverständlich ablehnen müsse, durch einen Privatmann seinerseits nach England Friedensangebote herüberzugeben. Mitglieder des Anti-Drlog-Raad seien dann aber doch nach England gefahren und haben dort mit den bekannten Friedensfreunden John Burns, Trevelyan, Mac Donald usw. eine Besprechung gehabt. Als sie in ihrem Verlauf ihre Meinung dahin ausgesprochen hätten, Deutschland und England könnten doch lieber zunächst einmal über einige konkrete Punkte zu Verhandlungen kommen, zum Beispiel über das belgische

Problem, setzen sie auf allgemeine Ablehnung Holland über die Szene — als eine „impudent“ Zumutung“ abgelehnt, mit Deutschen über Belgien zu verhandeln; Belgien sei für England kein „Handelsobjekt“ (bargaining object); Deutschland müsse Belgien hergestellt haben, ehe überhaupt von irgendwelchen Unterhandlungen die Rede sein könne. Unter solchen Umständen sei es doch geradezu selbstverständlich, daß sich kein verantwortlicher deutscher Mann mit dieser Geschichte weiter hätte befaßt können.

Diesen sachlich unanfechtbaren Darlegungen fügte Unterstaatssekretär Zimmermann dann noch etwas hinzu, was auf das geradezu frivole Treiben derer um Haase ein neues helles Licht wirft: Er (Zimmermann) habe gehört, daß die alberne Dressehuis-Geschichte in gewissen Kreisen, namentlich auch der sozialdemokratischen Parteiopposition, immerfort demagogisch-agitatorisch ausgenutzt werde. Deshalb habe er eines Tages Herrn Haase zu einer Unterredung eingeladen und ihm mit rückhaltloser Offenheit das gesamte Material und die ihm zugegangenen Berichte unterbreitet. Auf die Frage, ob Haase irgend etwas an seiner (Zimmermanns) Haltung in dieser Sache auszuwenden finde, habe dieser keine Antwort gegeben.

Haase hatte die Sitzung am Abend des 29. März vor ihrem Abschluß verlassen.

In der Sitzung vom 30. März teilte der Unterstaatssekretär Zimmermann dann mit, daß er mit der Bitte um Bekannngabe ein Schreiben vom Abgeordneten Haase erhalten habe, worin dieser sagte, in der vorausgegangenen Verhandlung seien anscheinend zwei verschiedene Vorgänge miteinander verwechselt worden; namentlich die Verhandlungen im holländischen Anti-Drlog-Raad vom April 1915 und die Verhandlungen in London im Juli desselben Jahres. Zimmermann fügte aber hinzu, daß diese Darstellung Haases unrichtig sei: er habe in der erwähnten Unterredung die ganze Sache dargestellt, zunächst die holländische und dann die englische Beipredungen. In der Sache selbst blieb es bei der Darstellung vom Tage zuvor. Der Unterstaatssekretär gab dann der Erwartung Ausdruck, daß nun endlich den falschen Gerüchten ein Ende gemacht worden sei.

Es erhellt daraus, daß Haase über die Richtigkeit des Geschehens von der Ablehnung eines möglichen Friedens durch die zuständige Stelle genau aufgeklärt war, dennoch seine ... Treibereien fortgesetzt und die ganze Partei gegeneinander gehetzt hat.

Dem Schwindel mit dem angeblichen englischen Friedensangebot dürfte nun allerdings bei allen verständigen und anständigen Menschen der Hals umgedreht worden sein. Ledebour hat in der Kommission darauf den Rückzug angetreten und ist so loyal gewesen, in der Hauptsache anzuerkennen, daß die Angelegenheit nach den Darlegungen des Unterstaatssekretärs als erledigt anzusehen sei. Aber wir hegen nur geringe Hoffnung, daß alle Leute der Haase-Gruppe und der Spartacus-Kohorte jetzt endlich der ihnen schon früher bekannten Wahrheit die Ehre geben werden.

Im übrigen sei noch der Vollständigkeit wegen erwähnt, daß Herr Dressehuis, an dessen guten Willen, dem Frieden zu dienen, nicht gezweifelt zu werden braucht, in seinem Vaterland politisch gar keine Rolle spielt, die ihn in irgend einer Weise zum Vermittler zwischen kriegführenden Mächten oder auch nur zwischen politischen Gruppen feindlicher Figuren, der in Deutschland etwa zwischen den Herren Mümm und Eduard Bernstein ihren Platz finden würde.

Soweit die „Chemnitzer Volksstimme“, deren Ausführungen wir zur Information unserer Leser wörtlich wiedergegeben haben. In bürgerlichen Blättern wird über die Fortsetzung der Beratungen noch berichtet:

Im Anschluß an eine Äußerung eines fortgeschrittenen Abgeordneten über das vielbesprochene sogenannte Friedensangebot Englands erklärte der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (Abg. Ledebour), daß doch nicht etwa den Beteiligten der gute Glaube abgesprochen werden könne, im Gegenteil, sie hätten meinen müssen, daß es sich um ein ernsthaftes Angebot handle, was von der Regierung bestritten werde. Darauf führte der sozialdemokratische Abg. Kosske aus, daß diese Sache schon vor Monaten im Reichshaushaltsauschuß eingehend erörtert worden sei und daß nach diesen Erörterungen und den Auskünften der Reichsregierung keiner, der diese Beratung mit angehört habe, irgendwie guten Glaubens sein könnte, daß das ein ernsthaftes Friedensangebot gewesen sei, sondern vielmehr überzeugt sein müsse, daß die ganze Sache von unvernünftigen Personen, die nicht irgendwelchen Rückhalt an staatlichen Stellen haben, ins Publikum hineingetragen worden sei. Wenn trotz alledem bis in die allerjüngste Zeit hinein, wie z. B. noch in den letzten Tagen von dem sozialdemokratischen Organ in Königsberg (im Wahlkreis des Abg. Haase) immer wieder auf diese Sache zurückgegriffen werde und es so dargestellt worden sei, als ob es sich um ein ernstes Friedensangebot gehandelt hätte und nur die deutsche Regierung darauf nicht eingehen wollte, dann müsse dies, soweit dabei Wissende in Betracht kommen, als eine bewußte Entstellung der Tatsachen bezeichnet werden. Die Wissenden, die jetzt noch und in letzter Zeit in dieser Weise über diesen Schwindel sich öffentlich ausgelassen haben, müssen sich bewußt sein, daß sie damit eine Unruhe in der deutschen Volk hineintragen, die die Interessen der Gesamtheit schwer zu schädigen geeignet sei.

Der Militäretat vor der Budgetkommission.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Militäretats am Samstag erklärte es Abg. Krich (kons) für berechtigt, bei Offizieren-Mitgliedern die politische Gesinnung festzustellen. Er ersucht weiter, das Budget, das den Soldaten gewährt wird, nach dem Inlandspreise zu bemessen. Seine übrigen Ausführungen waren eine lebhaft Kritik der Tätigkeiten der Intendanturen. Kriegsminister v. Wandel gab zu, daß Fehler bei der Erregung wirtschaftlicher Maßnahmen gemacht worden sind. Für das was die Mannschaften an Verpflegung weniger bekommen, müssen das Geld zu bezahlen. Der Kriegsminister gibt dann Auskunft über die Verwendung der Kriegsgeldungen, von denen 425 000 in der Landwirtschaft, 244 000 in der Industrie beschäftigt sind. — Abg. Callier (natl.) hält eine Regelung der Inlandsverhältnisse für dringend notwendig. Die Mannschaften müssen wissen, daß sie Urlaub bekommen, und was sie davon zu tun haben. Die bessere Bezahlung der deutschen Reservisten in der Türkei ist unbedingt notwendig. Der Heber der Mobilisierung Aufmerksamkeit zugewandt. — Abg. Dr. Pflieger (Zentr.) fordert die Abschaffung der Burgenländer, die den Offizieren gewährt werden für die Verpflegung auf einen Betrag. Die hohen Offiziersgehälter machen unter dem Truppen höches Blut. Im Inlande werden oft ganz verheerendartige Stellen mit hohen Offizieren besetzt. — Kriegsminister v. Wandel erklärt, daß man sich schon eingehend mit den Vorbereitungen für die künftige Demobilisierung befaßt. Man hoffe, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Grundlos sei, daß kein Entlassener ohne Arbeitsbeschäftigung werden, so bezögen sie nicht das Gehalt ihrer Charge, sondern der Stelle, die sie bekleiden. — Abg. Liesching (Vollst.) glaubt konstatieren zu sollen, daß die Behandlung im allgemeinen gut ist und daß ungenügende Verpflegung als Ausnahme zu betrachten ist. Er fordert, die Beförderung zum Offizier nur nach der Befähigung vorzunehmen und die Gehälter der jungen Leutnants herabzusetzen.

Abg. Kosske (Soz.) spricht über die Entlohnung der Schiffswärter, und erwidert um Auskunft über die Verwendung der angeforderten Mittel. Bei Zuschüssen aus dem Gelde müsse man sehr vorsichtig sein, damit nicht bestritten werden solle, daß dies ein Grund zu Klagen vorhanden ist. Wenn jetzt in Beförderungsbüro Friedensuniformen hergestellt werden, so sollte man auch der Industrie Aufträge zuwenden. Eine große Härte liegt in der

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Güting).

85. Fortsetzung.

Der Zug um den Mund des Propfies verrät, daß er nicht dieser Meinung war: „Habt Ihr kein hübsches Mädchensicht — da herum — wahrgenommen?“

„Die wendischen? — Sechs Meilen rundum ist keine Diele und kein Dach.“

„Und was sprach der Kurfürst? — Ich mein: welcher? Ich weiß, er hat nichts gesagt. — Aber ein aufmerksamer Diener und Freund seines Herrn — zum Beispiel wie blühte er der Erziehung nach?“

„Ihr seid im Irrtum, ehrwürdiger Herr.“ sprach der Stallmeister mit möglichst leiser Stimme, sich zum Ohr des Propfies neigend. „In den Sämpfen und Heiden da verheißt sich kein Randschäpfer und kein Bote. War irgend etwas zu besorgen gewesen, wir hätten ihn ja nicht aus den Augen gelassen. Und wer wußte den Tag vorher, daß er gerade dort jagen würde?“

„Mein bester Freund,“ erwiderte in demselben Tone der Propf, „Ihr seid sehr ehrlich, und das sind wir alle hier, aber wenn Ihr wachsam sein wollt, daß ihm nichts zugeführt wird, so müßt Ihr auch keine Kuhhale auf der Diele liegen lassen, ohne sie anzuhängen; denn Ihr wißt nicht, wer darunter kauft. Seit die Spanier am Kaiserlichen Hofe —“

Ein freundlicher Druck auf die Schulter unterbrach den ehe-maligen Dehanten, und der alte Hofmann, welcher kein anderer war als der ehemalige Junker Peter Reichert, klüfferte ihm von der andern Seite etwas ins Ohr.

„Seid Ihr's gewiß?“ fuhr der Propf auf, und seine Blide schielten nach der Seite, wo die städtischen Herrn von Colln und Berlin standen.

„Während ich mit den Udermäcker Herren sprach, hatte ich mein Ohr nach hinten. Ihr wißt, ich kann gut rückwärts hören. Der Bürgermeister Reiche reparaturte zum Syndikus, was er dem Kurfürsten namens des Magistrates sagen sollte.“

„Reiche! Wo kriegt der Bürgermeister den Mut her?“

„Der Augschweiß läuft ihm auch von der Stirn. Seht doch, wie er einwärts steht.“

„Er bringt's nicht von den Lippen, wenn Joachim ihn schatz anschaut.“

„Er muß, Propf, die andern stoßen ihn. Es ist heut gewaltiger Lärm im Magistrat gewesen. Die widersprachen, haben gar nicht aufkommen können.“

„Stadt Brandenburg gepredigt, auch hüben und drüber der Speer auf die Kanzel tretet, damit sie's mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören, was an der Sache sei.“

„So wünschte ich doch, daß Joachim —“

„Um der Barmherzigen willen, wünscht es nicht, Propf: wenn das Gewitter losgeht, schlägt's immer da ein, wo's nicht soll.“

„Wünsche sind Torheit, Ihr habt recht. Macht Euch an sie, Krautwurz, als wüßtet Ihr nichts, was sie vorhaben. Kalt ihnen das Gewitter, wie es ist, wie nur wer vom Hofe es kennen; ein wenig härter, dunkler; viel ist nicht nötig, so eine Probe von Donner, daß —“

„Die Milch seiner wird, ehe sie bis zu den Lippen kommt,“ rief der Hofmann ein. „Verlaßt Euch auf mich, sie sollen schlottern und zittern, wenn sie den Mund aufstun.“

Nach einem raschen Besinnen hielt ihn der Propf am Arm und zog ihn tiefer in die Ecke.

„Ihr möget ihnen sagen, gelegentlich versteht sich, Ihr müßt fürchten, heute sei ein sehr unglücklicher Tag, um eine Bitte, was es sei, vorzutragen. Wenn es eine wichtige Sache wäre, hätte Ihr sie, aus Freundlichkeit für die Stadt, ihrer selbst willen, daß sie es annehmen.“

„Stil!“ rief der andere mit einem jener heftigen Blitze, welche weniger dem Hofmann als dem Junker Peter Reichert angehörten, wenn er einen guten Palamur bekam. „Stil! laßt sie doch sich die Junge verbrennen. Wir sind ja in der ganzen Wahrheit, wenn wir ihnen sagen, daß ein Gewitter im Anzuge ist. Darf ich sprechen alle Zeichen. Ich möchte heute nicht von der Köpfer Schloßhauptmannschaft anfangen, noch richte ich Euch das Kapitel von Havelberg anzuführen, aber sie laßt sprechen. Wenn er losknaubt, fliegen sie bis an die Wand, und damit ist die Sache abgetan, wenn sie Euch ungelegen kommt.“

Der Propf hatte die Regel seiner Finger befehen, vielschneidig spritzelte sich das Gesicht des Junkers darauf, und er fand es nicht geraten, ihn weiter zum Vertrauen der Gedanken zu machen, welche nämlich in ihm aufstiegen und schließlich von ihm unterdrückt wurden: „Lassen wir alles in Gottes Hand, einmischen keiner Freund! — Wer weiß — ja wer weiß alles — Ja, und Ihr wißt gewiß, daß niemand um das Abenteuer von gehen — Ihr versteht mich, niemand.“

„Auch Brechow weiß nicht drum.“

„Was bedeutet das!“ rief der Propf mit einer Stimme, welche eine Art innerer Schen ausdrückte. „So etwas ist noch nicht vorgekommen.“

„Doch Hochwürdigster! Solchen und Rath erinnern mich nicht an den alten Hofrat mit dem wessenen Schwanzknecht. Es weiß noch heute niemand recht, was sich zugezogen; aber wie der Reichert damals aus der Reichsstadt auslief, das weiß

niemand — er schloß sich auch ein mehrere Tage. Der Tage, welchen mit ihm beim Doktor war, ist am höchsten Treber verstorben.“

„Dieser Hausus war nachher aus Berlin verbannt, man erzählt nicht wie —“ sagte nachdenklich der Propf.

„Was in der Kaiserzeit der Gesellschaft sprach, ist das einzige, was man von der Sache erfährt. Joachim wird aber noch immer bloß, wenn man das Doktor Haus in seiner Gegenwart erwähnt.“

„Den hat der Teufel längst erwürgt und geschl.“

„Zu Breiten in der Park, wo jedes Kind weiß,“ fuhr der Hofmann fort. „Allen der Kunde, es war ein von der Galt, der darauf auf der dunklen Treppe stehen bleiben mußte, habe es mir angehört, wie seine Darfandlung gesagt: Was du dem Herzog von Parma gesetzt, will ich auch sehen, denn du darfst nicht vor dem non Parma als du vor mir stichst. Darauf hatte er mich lächerliches Geräusch vernommen, und ein Schrecken, wie wenn Stils war durch das Schüsselloch und durch die Türschwelle gezogen.“

„Und wir wissen doch nicht, was er gesehen.“

„Wir müssen's Negandrum Magnum, den König von Griechenland. So groß ist er an der Hand erschienen, daß keiner Gedenken sich entsetzt. Nachheres geriet er aber in Jern, daß sie ein hergelauferener Mensch ohne Distinktion unterhandeln, ein gefröntes Haupt aus seiner Grabeswahl zu ziehen, daß Sie aufsprangen und dem Magnum einen Fußtritt gaben. Da ist der Doktor auf seine Knie gefallen und hat zu Gnaden gebeten, ihn zu verzeihen, da er doch nur dem Befehl des weisesten aller Fürsten nachgegeben, und bei Alexander zwar ein großer König, aber doch nur ein Heide gewesen; darum habe er König, daß er aus ihm zitierte. Und darauf hat der Markgraf denn noch etwas sagen wollen, das hat der von der Galt nicht gehört, was es war, und der Schwanzknecht hat ihm nachgehört, daß er ihn das er-lasse. Endlich aber hat er mit Jähren dann gemerkt, und da hat der Markgraf einen Schrei ausgestoßen und ist wie's dem Kammerbedienten in Unmacht gefallen. Der hat sich vor Jähren der Angst an das Treppengeländer gehalten; dann aber hat er sich zum Kammergekommen und wollte die Tür aufstehen, aber Joachim ist ihm entgegengetreten, bloß wie der leibhafte Tod, der Jähren klapperte, und hat ihm nicht gehen; so ist er die beide Treppen heruntergestürzt, und erst am Ende der Treppe hatte er sich nach dem Markgrafen umgesehen. Da hat der Markgraf sich in seinem Kammer genommen und ihn gefragt, ob er was gesehen und gehört, und der Galt hat gesagt, nein, er hätte nichts gehört und gesehen, sondern nur sah vor Angst umgekommen, daß die Galt, in der Hier gepöbert, ihn nicht erwidern. Da hat Joachim zu ihm gesagt: das ist ihm gut, denn so er etwas gesehen und gehört, hat er ihn in einen Saal um und in die Speer verfahren mit einem Stein dran. Dann ist der Kunde nachher ins Bett gegangen und nicht wieder gesehen.“

